



**An die Fraktionen des Gemeinderats der Stadt Freiburg  
an Umweltbürgermeisterin Gerda Stuchlik und an Umweltschutzamt / Dr. von Zahn**

**Stellungnahme des Klimabündnis Freiburg zu den Informationsvorlagen BA-16/005 und UA-16/005**

**zu 1) BA 16/005: Kostenrelevanz energetischer Standards im Wohnungsbau / Umweltausschuss 18.4.2016**

Das Klimabündnis Freiburg begrüßt die zusammenfassende Bewertung des Umweltschutzamts im Grundsatz, dass schwächere energetische Baustandards aus Gründen des Klimaschutzes keine Option und auch ungeeignet sind, um die Wohnkosten z.B. im Sozialen Wohnungsbau zu senken. Die in der Anlage der Drucksache BA-16/005 aufgeführten Ergebnisse zur Kostenanalyse energetischer Baustandards decken sich weitgehend mit den Erfahrungen unserer Mitglieder.

Insbesondere ist wie in der Vorlage die Miteinbeziehung der Energie-Betriebskosten wichtig, weil es auf die Gesamtkosten aus Investition und Betrieb ankommt: Schärfere Baustandards bedeuten höchstens geringe Investitionsmehrkosten, aber niedrigere Wohnnebenkosten, in der Summe gleiche oder niedrigere Wohngesamtosten und geringeren Einfluss von Energiepreiserhöhungen. - Vor diesem Hintergrund wäre es absurd, ausgerechnet bei einkommensschwachen Haushalten Weichen in Richtung schwächerer Standards falsch zu stellen. Die niedrigen Zinsen sind Zusatzanlass, „billiges“ Geld in zukunftsfähige energiesparende Gebäude zu investieren. Büros und Entwickler aus Freiburg und Region zeigten kürzlich, dass kostengünstiges Bauen und strenge Energiestandards gut vereinbar sind. Die „energetische Rendite“ ist Rentabilität mit Zukunft, während Armut - nicht erst die der Zukunft - „Energie-Armut“ heißt.

Zudem ist neben schärferen Energiebaustandards, die mit der EU-Gebäuderichtlinie ab 2021 sowieso kommen, der wirtschaftliche Einsatz erneuerbarer Energien (hier speziell Photovoltaik) und von Blockheizkraftwerken sehr wichtig, um

- \* den Ausstoß von Treibhausgasen weitergehend erheblich zu senken
- \* und zugleich den Atomenergie-Ausstieg energetisch abzusichern
- \* sowie das Ziel „100% erneuerbar“ zu erreichen, u.a. mit Gas aus zukünftigen Stromüberschüssen aus Wind u. Sonne.

Darüber hinaus betonen wir: Es gibt beim Bauen neben der uneingeschränkten Notwendigkeit, den Heizenergieverbrauch und Emissionen zu senken, eine Reihe von Themen, für die Bewohner ein deutlich größeres Kostensenkungs-Potential besitzen, z.B.

- \* die Frage, wer für wen mit welchem Interesse baut.
- \* die Einsparung von KfZ-Stellplätzen (keine Bindung mehr an den Bau einer Wohnung).
- \* Stromsparen im Haushalt (z.B. Verbrauchssenkung um mind. 50% gegenüber Durchschnitt)

Überhaupt nicht einverstanden ist das Klimabündnis damit, dass die Stadt sogar für den Neubaustadtteil Dietenbach, falls überhaupt gebaut, laut BA 16/005 Ziffer 8 den Standard nicht von KfW-55 auf KfW-40 bzw. gleichwertig zum Passivhausstandard verbessern will. Die anderen Aussagen in BA 16-05 legen diese Verschärfung aber geradezu nahe, da wirtschaftlich eher vorteilhaft. Es ist nicht akzeptabel, wenn Freiburg sich 25 Jahre nach den ersten Passivhäusern in Deutschland und angesichts der neuen größten Passivhaussiedlung Europas in der Bahnstadt Heidelberg diesem klimaschützenden und energiesparenden Schritt verweigert. Der Passivhaus- bzw. ähnliche KfW-40-Standard wird mit Photovoltaik und/oder BHKW, betrieben mit erneuerbaren Gasen zum Plus-Energie-Standard, den wir befürworten. Ein geringer Wohnflächenverlust bei fixem Baufenster von KfW55 nach KfW-40 ist mit guten Grundrissen und/oder größeren Balkonen bzw. etwas kleinerer Wohnfläche pro Kopf kompensierbar oder aber mit effizienteren Dämmstoffen vermeidbar.

Ergänzend merken wir als ein Grundproblem an, dass Energiestandards derzeit zu stark am Bewertungsmaßstab Primärenergie orientiert sind. Primärenergie-Faktoren sind bundesweit lobbybedingt (Kohlestromabsatz!) sachfremd einseitig zugunsten unsinnigen Einsatzes von Strom für Heizungszwecke verzerrt. Eine Gesamtbilanz der Emissionen oder des kumulierten Energieaufwandes sowie eine Bewertung des Kosten-/Nutzen-Verhältnisses (eingesetzte Euro/eingesparter Emission bzw. Energie) sind aus unserer Sicht zielführender, um künftig für die zur Verfügung stehenden Mittel die geringsten Emissionen und geringsten Energieeinsätze zu erhalten und sozial verträglich bauen zu können.

**zu 2) UA-16/005:** Die beiden i.A. der Stadt Freiburg zum Konsum regionaler Lebensmittel erstellten Studien sind sehr bemerkenswert. Das Klimabündnis Freiburg begrüßt alle in der Drucksache benannten laufenden wie geplanten "Handlungsschwerpunkte" der Stadt.

14.4.2016, für das Klimabündnis Freiburg: Dr. Georg Löser (ecotrinova@web.de), Dr. Jörg Lange (lange@vauban.de)